

# GRAPHISCHE PRESSE

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE**

**Abonnement.**

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

**Redaktion:**

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27. J. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

**Insertion.**

Für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

**Lohnbewegungen.**

**Jena.** In Firma K. Wesser wurde die Arbeitszeit für Lithographen auf 8 und für Steindrucker auf 9 Stunden verkürzt, für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag und für 2 Steindrucker je 2 Mk. und 1 Steindrucker 2,50 Mk. Lohnzulage bewilligt.

**Gesperrt.**

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

**Barmen.** Blanke, Briefumschlagfabrik.  
**Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann  
Firma Angerer (für Kupferdrucker).  
**Bielefeld.** Gundlach.  
**Lahr i. B.** Hermann Pfaff.  
**Neu-Ruppin.** Oehmigke & Riemen-schneider.

Für Chemigraphen:

**Berlin.** Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Ouilard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grützmaker;

Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.  
**Chemnitz.** A. Jällich.  
**Dresden u. Leipzig.** Mejo & Markert.  
**Stuttgart.** Gebr. Rößle.

Im Ausland:

**Belgien:** Brüssel. I. L. Hoffert, (Lith. u. Steindr.).  
**Verviers.** (Lith. u. Steindr.).  
**Dänemark:** Die Kollegen stehen in einer Tarifbewegung. Zuzug fernhalten.

**England:** London. Die Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham,

Court Road, London hat mit ihren Notendruckern Differenzen; Zuzug fernhalten.

**Holland:** Krommenie. Verwers Firmis-u. Metalldruckerei.  
Rotterdam. »Modern«.

**Nord-Amerika:** Vereinigte Staaten und Kanada.

**Oesterreich:** Agram. Firma Rozankowsky.  
**Fiume.** Union Typographia.  
**Innsbruck.** Graphische Kunstanstalt Max Schammerler.  
**Triest.**

**Schweiz.** Genf. Excoffier.

**Inhalt:**

**Hauptblatt:** Bekanntmachungen. — Der Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats. — Generalversammlungen und Kongresse. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Jahre 1848, III. — Die Jahresberichte der Hamburger Produktion und der Groß-einkaufsgesellschaft. — Vermischtes. — Briefkasten der Redaktion. — Anzeigen.

**Beilage: Allgemeines:** Treu und Glauben im gewöhnlichen und Handelsverkehr. Der österreich. Senefelder-Bund. Was lehrt uns die letzte Münchener Bewegung. — **Der Lithograph:** Ueber das Fachschulwesen für Lithographen, III. — **Die photomech. Fächer:** Zur Ueberlauerfrage, IV. — **Die Tapetenbranche:** Die fünfte Generalversammlung des Formstecherverbandes. Aus den Sektionen: Berlin (Formstecher). — **Feuilleton:** Aus dem Tagebuch eines fahrenden Lithographen, III.

### Der Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats.

In No. 15 der »Gr. Presse« besprachen wir den in No. 11 des »Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« erschienenen Rechenschaftsbericht dieser Zentrale der deutschen Gewerkschaftsbewegung für das Jahr 1907. Die Absicht, im unmittelbaren Anschluß daran den in der gleichen Nummer des »Korrespondenzblattes« veröffentlichten Jahresbericht 1907 des Zentral-Arbeitersekretariats einer Würdigung zu unterziehen, ließ sich leider wegen der Notwendigkeit der Behandlung anderer wichtiger und dringender Fragen nicht ausführen.

Inzwischen erschien auch der Rechenschaftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das verflossene Jahr, der in No. 23 von uns besprochen wurde. Gerade dieser Bericht zeigt immer von neuem die Schwierigkeiten, die dem Arbeiter bei der Wahrung seiner aus der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung entspringenden Rechte, besonders in bezug auf Unfall- und Invalidenrente, durch Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten gemacht werden. Und dadurch liefert er immer wieder den Beweis von der Notwendigkeit einer durchaus sachkundigen, die Ansprüche der Arbeiter tatkräftig behauptenden Vertretung der um ihre Rechte ringenden Versicherten gegenüber den Versicherungsträgern vor den entscheidenden Instanzen. Diese mit den Arbeitern empfindende und daher zur entschiedenen Wahrung der Arbeiterrechte befähigte Vertretung schufen die Gewerkschaften durch die Begründung der lokalen Arbeitersekretariate und des Zentral-Arbeitersekretariats. Die Besprechung der Wirksamkeit des letzteren während des Vorjahres wird gerade im Hinblick auf den Rechenschafts-

bericht des Reichsversicherungsamtes (s. No. 23) von Interesse sein.

Von den lokalen Arbeitersekretariats, Gewerkschaftskartellen, Gewerkschaften und anderen Personen wurden dem Zentral-Arbeitersekretariat 1352 die Unfall- und Invalidenrentenanträge betreffende Streitsachen überwiesen, das sind 155 mehr als im Jahre 1906. Die Zahl der Posteingänge belief sich auf 4957, die der Ausgänge auf 5785. Unter letzteren befanden sich an angefertigten Schriftsätzen 246 Anträge, 258 Eingaben, 197 Rekurse und Revisionen, 28 Gegenerklärungen, 182 sonstige Schriftsätze. Ferner wurde in zahlreichen Fällen schriftliche Information auf besondere Anfragen erteilt; die Zahl dieser oft sehr umfangreichen Auskünfte betrug 698.

Zu den im Jahre 1907 übermittelten 1352 Streitsachen kamen noch 4, die aus dem Jahre 1905, und 264, die aus dem Jahre 1906 unerledigt geblieben waren, sodaß im Ganzen 1620 Streitsachen bearbeitet werden mußten. Davon wurden bis Ende 1907 1222 durch Urteil entschieden, während 34 Streitsachen aus dem Jahre 1906 und 364 aus dem Jahre 1907 in das laufende Jahr als unerledigt übernommen werden mußten. Von den 1222 Streitsachen wurden 946 im ersten, 264 im zweiten und 12 im dritten Termin erledigt. Die Zahl der Terminstage betrug 254, die Anzahl der Termine 1498.

Der weitaus größte Teil der im Jahre 1907 erledigten 1222 Streitsachen betraf Ansprüche der Arbeiter auf Grund der *Unfallversicherungsgesetze*, nämlich 1147, wovon 2 Fälle vor dem Schiedsgericht erledigt wurden, und zwar der eine zugunsten, der andere zuungunsten des Verletzten. In 16 Fällen hatte sowohl der Verletzte als auch die Berufsgenossenschaft Rekurs eingelegt, sodaß die Gesamtzahl der Rekurse 1161 betrug.

Im Laufe des Verfahrens wurden von den Verletzten 23 Rekurse als aussichtslos zurückgenommen. In 4 Fällen verzichteten die Berufsgenossenschaften auf den Rekurs und erkannten die Ansprüche der Verletzten an. In 262 Fällen erschien im Laufe des Verfahrens der Anspruch aussichtslos für eine mündliche Vertretung und der Rekurs wurde zurückgewiesen. In 141 Fällen, bei denen die Verletzten obsiegt, wurden 1811,15 Mk. Kosten für persönliches Erscheinen der Arbeiter im Termin oder Beibringung ärztlicher Gutachten gewährt.

Dem Rekurs der Berufs-genossenschaften wurde stattgegeben in 107, teilweise stattgegeben in 29, nicht stattgegeben in 172 Fällen; 8 Rekurse wurden zurückgenommen oder endeten durch Vergleich.

Dem Rekurs der Verletzten resp. Hinterbliebenen wurde stattgegeben in 207, teilweise stattgegeben in 43, nicht stattgegeben in 302 Fällen. 8 Vergleiche wurden geschlossen. Der Rekurs zurückgenommen oder die Vertretung abgelehnt wurde in 285 Fällen. Das sind insgesamt 1161 Rekursfälle.

Auf die für uns in Betracht kommende Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft entfallen davon 8 Rekursfälle. Dem Rekurse der Berufsgenossenschaft wurde stattgegeben in 1, teilweise stattgegeben in 1, nicht stattgegeben in 4 Fällen. Dem Rekurse der Verletzten wurde nicht stattgegeben in 1 Fall. Im achten Fall wurde der Rekurs zurückgenommen oder die Vertretung abgelehnt.

Welche Gegenstände die Streitsachen auf Grund der Unfallversicherung betrafen, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung des Sekretariats:

Gegenstand	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Verletzten		Vertretung abgelehnt	Rekurs zurückgenommen
		zugunsten	zuungunsten		
Anerkennung eines Betriebsunfalls . . .	111	51	35	21	1
Höhe der ersten Rentenfestsatzung . .	252	120	65	61	1
Hinterbliebenenrente . .	573	213	229	121	2
Strittig ob Krankheit oder Unfallfolge . .	49	17	20	11	1
Antrag a. höhere Rente weg. Verschlimmerung des Leidens . .	55	14	19	19	3
Hilfslosenrente . . .	3	2	1	—	—
Hinterbliebenenrente . .	75	25	31	18	1
Azendentenrente . . .	12	4	4	3	1
Unzulässiger Bescheid	2	2	—	—	—
Unzulässiger Rekurs .	1	—	—	1	—
Verjährung, Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . .	16	4	4	7	1
Höhe des Jahresarbeitsverdienstes strittig . . . . .	12	11	1	—	—
Summa:	1161	463	409	262	4

Der Rest der im Jahre 1907 erledigten 1222 Streitsachen, gerade Dreiviertelhundert, betraf Ansprüche der Arbeiter auf Grund des *Invalidenversicherungsgesetzes*. Von den 74 Ansprüchen auf Invalidenten mußten 16 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen und 3 mit Einverständnis der Versicherten zurückgenommen werden.

Das Reichsversicherungsamt ist in Invalidensachen Revisionsinstanz. Daher wird meist die Sache an die Vorinstanz, das Schiedsgericht, zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen, wodurch es dem Versicherten ermöglicht wird, neues Beweismaterial für seinen Anspruch zu beschaffen. Nur selten wird der Rentenanspruch direkt anerkannt.

Von den 55 vertretenen Revisionen wurden 24 der Versicherten und 6 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Stattgegeben wurde 14 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten.

Ferner vertrat das Zentral-Arbeitersekretariat eine Streitsache gegen den Saarbrücker Knappschaftsverein vor dem Oberverwaltungsgericht. Sie wurde zuungunsten der Versicherten entschieden.

Alles in allem darf man wohl behaupten, daß das Sekretariat auch im Jahre 1907 mit gutem Erfolge gearbeitet hat. In vollkommen aussichtslosen Fällen wurden die Versicherten vor unnötigen Kosten bewahrt. Von den übrigen Streitsachen würden noch viel mehr von dem Schicksal, zuungunsten der Versicherten erledigt zu werden, ereilt worden sein, wenn sie nicht durch das Sekretariat persönlich in sachkundiger Weise vertreten worden wären. Jedenfalls kann jeder Arbeiter die Worte unterschreiben, mit denen das Zentral-Arbeitersekretariat seinen Bericht schließt.

»Was in unseren Kräften stand, haben wir unternommen, um berechtigten Wünschen und Anforderungen Invalider Anerkennung zu verschaffen. Leider konnten wir nicht immer die Hoffnungen erfüllen, die an unsere Vertretung gestellt wurden, denn die Entscheidung lag nicht in unseren Händen.«

## Generalversammlungen und Kongresse.

**Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands** hielt seinen 3. Verbandstag vom 6. bis 11. April in Kassel ab. Seine Mitgliederzahl stieg seit 1904 von zirka 10000 auf 19175, sein Vermögen von 50600 auf 351300 Mk., was auf die guten Wirkungen des Gauleitersystems zurückgeführt wird. In der zweijährigen Berichtsperiode hatte der Verband 71 Angriffstreiks, 19 Abwehrstreiks und 14 Aussperrungen zu bestehen. Beteiligt waren daran 4182, 666 und 469 Personen. Diese Kämpfe erforderten einen Kostenaufwand von 333284 Mk. Das Fachorgan »Der Steinarbeiter« hat 24000 Auflage. Zurzeit bestehen in der Steinindustrie 157 Tarifverträge für zirka 1440 Werkplätze mit 18000 Beschäftigten, darunter 12000 Organisierten. Erwähnung verdient die Feststellung, daß die Steinarbeiter durch Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung weit über eine Million Mark Lohnerhöhung errungen haben. Der Verbandstag beschloß eine Erhöhung der Streikunterstützung. Der Vorstand wurde beauftragt, monatliche Statistikarten herauszugeben, damit neue Berechnungen für die Arbeitslosenunterstützung angestellt werden könnten. Ein Antrag, die Wege zu einer Verschmelzung mit den Organisationen des Baugewerbes zu ebnen, wurde dem Vorstand überwiesen.

**Der Zentralverein der Bureauangestellten und der Verband der Verwaltungsbeamten** hielten vom 17. bis 20. April in Berlin gemeinsam ihre Generalversammlungen ab. Deren wichtigstes Ergebnis ist der *Zusammenschluß beider Verbände zu einer Einheitsorganisation* unter dem Namen »Verband der Bureauangestellten und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands«. Der neue Verband beschloß eine Resolution, in der es heißt: »Der Verbandstag wiederholt das seit Jahren erhobene Verlangen des Zentralvereins der Bureauangestellten nach Regelung der Berufsverhältnisse auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Er fordert für die Bureauangestellten die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen durch Einfügung von Bestimmungen in die Gewerbeordnung.« In der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten betonte der Verbandstag »die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Privatangestellten und der Arbeiter als Angehörige der Arbeiterklasse; er wendet sich daher gegen alle Bestrebungen, die die Privatangestellten aus der heutigen Arbeiter-

schutz- und Arbeitsversicherungsgesetzgebung herauslösen wollen.«

**Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands** tagte vom 19. bis 21. April in Köln a. Rh. Seit der letzten Generalversammlung ist der Mitgliederbestand von 11300 auf 18300 gestiegen. Die Zahl der durchgeführten Streiks betrug 113, der friedlichen Lohnbewegungen 60. Bisher sind 150 Tarifverträge vereinbart worden. Eine Verschmelzung mit dem Verband der Transportarbeiter, die ange-regt worden war, wurde nicht für zweckmäßig gehalten. Eine Erhöhung der Verbandsbeiträge wurde allgemein befürwortet. In Zahlstellen von über 500 Mitgliedern ist auf deren Antrag ein Beamter anzustellen, der bis zur Hälfte aus der Verbands-hauptkasse besoldet wird.

**Der Zentralverband der Dachdecker** hielt seinen 9. Verbandstag vom 21. bis 24. April im Mannheim ab. Er hat in den letzten beiden Jahren außerordentlich schwere Lohnkämpfe geführt. Bei einer mittleren Mitgliederzahl von 6000 sind 128400 Mk. für Lohnkämpfe ausgegeben; dies bedeutet gegen die Jahre 1903 bis 1905 eine fünffache Steigerung dieser Ausgaben. Es sind dann noch in größerem Umfange Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse durchgeführt worden. Noch bedeutender waren die Abwehrbewegungen gegen androhte Verschlechterungen in der Entlohnung. Eine Verschmelzung mit dem Zentralverband der Maurer ist vor einiger Zeit durch eine Urabstimmung abgelehnt worden.

**Der Verband deutscher Textilarbeiter**, dessen 9. Generalversammlung vom 4. bis 9. Mai in Leipzig stattfand, hat eine Steigerung der Mitgliederzahl von 77808 am Schlusse des Jahres 1905 auf 126440 Ende 1907 zu verzeichnen gehabt. Der Kassenbericht weist eine Einnahme in der Haupt-kasse von 2134213 Mk. und eine Ausgabe von 1797763 Mk. auf. Für Streiks wurden 671304 Mk. verausgabt. Der Verband hat 12 Gau- und 51 Lokal-beamte. Es wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung des Beitrages aller Klassen um 10 Pf. pro Woche beschlossen. Die Regelung des Arbeitsnachweises soll durch den Vorstand in Gemeinschaft mit den Gau- und Orts-verwaltungen erfolgen. Ferner soll der Vorstand halbjährlich Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstalten und eine Geschichte des Verbandes herausgeben. Alle Anträge auf Erhöhung der Krankenunterstützung und Aenderung der Reiseunterstützung wurden abgelehnt.

**Der Verband der Hafnarbeiter und ver-wandten Berufsgenossen Deutschlands**, der vom 10. bis 15. Mai in Hamburg seine 10. General-versammlung abhielt, hatte 1907 27981 Mitglieder, gegen 17716 Ende 1905. Das Bezirksleitersystem hat zu dieser Steigerung viel beigetragen. An Streiks und Aussperrungen, die meist erfolgreich verliefen, waren 17203, an kampflösen Lohnbewegungen 21952 Personen beteiligt. Von der Gesamteinnahme von 1513102,30 Mk. wurden allein 765850,69 Mark für Kampfwerte verausgabt. Für die Regelung der Lohnbewegungen wurde ein Beamter an-gestellt. Zur Frage des Zusammenschlusses aller Organisationen des Transportgewerbes wurde eine Zustimmungresolution angenommen. Da die übrigen in Frage kommenden Verbände mit Aus-nahme der Maschinisten und Heizer, ähnliche Beschlüsse bereits gefaßt haben, ist die Begründung eines Industrieverbandes nur eine Frage der Zeit.

**Der Verband der Gastwirtsgehilfen** hielt seinen 5. Verbandstag vom 12. bis 16. Mai in Leipzig ab. Er zählt 6700 Mitglieder, darunter 671 weibliche. Ueber die mangelhafte Durchführung der Bundesratsverordnung von 1902 wurde allgemein sehr geklagt. Ihre Ausdehnung auf das Hilfspersonal wurde entschieden gefordert. Ferner wurde die Regierung ersucht, Erhebungen über die gewerbe-mäßige Stellenvermittlung, ihre Ausdehnung und ihre Oebühren zu veranstalten. Im übrigen sprach man sich für Errichtung staatlicher und gemeindlicher Arbeitsnachweise und für das Verbot jeglicher — auch unentgeltlicher — privater Vermittlung aus. Die Unfallversicherung soll auch auf das Gastwirts-gewerbe ausgedehnt werden. Das Trinkgeld will der Verband gänzlich beseitigen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert er zunächst ein Verbot der Abgaben von Angestellten an die Geschäftsinhaber (Bezahlung von Hilfskräften usw.). Ferner sollen Staat und Gemeinde bei der Verpachtung von Wirt-schaften ausbedingen, daß kein Angestellter ohne Barlohn beschäftigt werden darf. Der Verschmel-zung des Verbandes mit dem Verband der Hotel-diener stimmte man zu.

**Der Verband der Schmiede**, der seinen 11. Verbandstag vom 17. bis 23. Mai in Dresden veranstaltete, zählt 18800 Mitglieder. Die von einem Teil der Verbandsmitglieder schon seit längerer Zeit gewünschte Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-verband wurde mit 34 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Einem Antrage des Vorstandes entsprechend wurde die Einführung von Staffelbeiträgen beschlossen; der Beitrag beträgt 40 und 60 Pf. Die Unterstützungs-sätze wurden neu geregelt. Der Anfangsgehalt der besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes wurde auf 2000 Mk. festgesetzt, es steigt um 50 Mk. jähr-lich bis 2400 Mk. Von Interesse ist, daß der Zentr-alsvorsitzende warnte, mit den Erfolgen zu sehr zu prahlen, da dadurch Arbeiter aus rückständigen

Gegenden nach den Orten mit besseren Verhält-nissen angelockt würden.

**Der Zentralverband der Lederarbeiter** hielt seine 13. Hauptversammlung vom 17. bis 23. Mai in Frankfurt a. M. ab. Er zählt 7900 Mitglieder, darunter 159 weibliche. Die Verschmelzung aller für die Lederindustrie bestehenden Verbände (Sattler, Schuhmacher, Portefeinler, Handschuhmacher) zu einem Verbands wurde grundsätzlich gutgeheißen; doch sollte eine Urabstimmung entscheiden. Die Einföhrung von Staffelbeiträgen wurde beschlossen. Die Beiträge wurden auf 50 und 65 Pf. festgesetzt; weibliche Mitglieder zahlen 25 Pf. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde gegen wenige Stimmen beschlossen; da der Verband bereits Arbeitslosenunterstützung zahlt, bedeutet das die Neu-einföhrung der Krankenunterstützung. Die Beamten-gehälter wurden folgendermaßen festgesetzt: Orts-beamte 1800 bis 2100 Mk., Gauleiter 1800 bis 2400 Mk.; beide erreichen ihr Höchstgehalt durch eine jährliche Steigerung von 100 Mk. Die Beamten des Hauptvorstandes erhalten 2000 Mk. Anfangs-gehalt, steigend um jährlich 100 Mk. bis 2400 Mk., dann um jährlich 50 Mk. bis 2700 Mk.

**Der Verband der Stukkateure**, dessen 6. Verbandstag vom 18. bis 22. Mai in Nürnberg tagte, zählt 7400 Mitglieder und beschloß nach langer Aussprache mit 24 gegen 21 Stimmen die Einföhrung der Erwerbslosen, d. h. der vereinigten Arbeit-losen und Krankenunterstützung; bisher zahlte der Ver-band nur Reiseunterstützung und Sterbegeld. Die Beiträge wurden auf 85, 95, 105 und 115 Pf. fest-gesetzt. Ferner wurde die Schaffung von 7 Gaueitern aus 2 mit besoldeten Gauleitern, beschlossen. Die Gauleiter wurden auf Vorschlag der Ortsgruppen vom Vorstand und Ausschuß ernannt. Das Grund-gehalt der besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes wurde auf 2100 Mk. festgesetzt, es steigt während der ersten fünf Jahre jährlich um 50 Mk. bis 3000 Mk.

**Der Verband des technischen Bühnen-personals**, der der Generalkommission der Ge-werkschaften Deutschlands nicht angeschlossen ist, tagte während der Osterfeiertage in Berlin. Während des letzten Jahres wurden Lohnbewegungen durch-geführt in Theatern von Berlin, Hamburg und Leip-zig. Beschlossen wurde eine Neuregelung der Unter-stützung in Sterbefällen, außerdem wurde der Vorstand des Verbandes beauftragt, Vorschläge zur Einföhrung der Arbeitslosenunterstützung auszu-arbeiten. Infolge der Verbesserung der Unter-stützungseinrichtungen mußten auch die Beiträge erhöht werden.

**Der Deutsche Zeichnerverband**, der eben-falls der Generalkommission noch nicht angegliedert ist, hielt seinen fünften Verbandstag Ostern in Dresden ab. Er erklärte sich für die Vereinigung mit den übrigen, meist lokalen Zeichnerverbänden. Der »allgemeine deutsche Zeichner-tag«, der sich an den Verbandstag anschloß und von allen in Frage kommenden Vereinen besichtigt war, beschloß eben-falls die Gründung einer Einheitsorganisation aller Musterzeichner. Diese wird bereits am 1. Juli d. J. unter dem Namen »Verband Deutscher Kunstge-werbezeichner« ins Leben treten.

(Weitere Berichte folgen.)

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Jahre 1848.

Von Franz Laufkötter.

### III.

Als die Regierungen die Gegenrevolution immer energischer betrieben und die März-Erregenschaften in den Staub traten, wurden die Arbeiter in revolutionären Liedern aufgefordert, sich um die rote Fahne zu scharen und die Regierungen und die Reichen schonungslos zu bekämpfen. Aber nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten bewiesen die Männer der »Verbrüderung« ihren Mut. Born selbst ging nach Dresden, nahm Anteil an der Mai-revolution und wurde sogar zum Oberstkomman-danten des Insurgentenkörpers erwählt. Kapellmeister *Richard Wagner*, der später so berühmt gewordene Dichterkomponist, war sein Adjutant.

Nach Borns Ausscheiden aus der Redaktion der »Verbrüderung« wurde die Zeitung von dem Ge-ometer Schwenniger, einem anderen Mitgliede des Zentralkomitees, geleitet, hatte aber wegen der immer mehr erstarkenden Reaktion einen schweren Stand, während der durch sie vertretene Verein selbst noch von Tag zu Tag zunahm. Es begann nämlich gerade um diese Zeit eine Arbeiteragitation in Nord-westdeutschland, das sich bisher sehr zurückhaltend gezeigt hatte. Auf dem vom 20. bis 21. Oktober 1849 in Hannover tagenden Arbeiterkongreß wurde eine »Norddeutsche Arbeitervereinigung« gegründet, die sich später auch der »Arbeiter-Verbrüderung« anschloß. Auf dem vom 20. bis 26. Februar 1850 zu Leipzig abgehaltenen Kongreß wurde mitgeteilt, daß letztere nunmehr 250 Arbeitervereine umfasse. Es wurden Statuten entworfen, worin mit aller Entschiedenheit gefordert wurde, daß sich die einzelnen Vereine auf *fachgewerblicher Grundlage aufbauen* sollten. Die Lokalvereine hatten die Verpflichtung, die Uebelstände der verschiedenen Arbeiten und die Wünsche der Arbeiter zu erforschen und auf Abhilfe zu sinnen; ferner sollten sie lokale Arbeits-

nachweise, Kranken-, Sterbe- und Invalidenkassen gründen, schließlich auch durch Vorträge, Bibliothek usw. Kenntnis und Bildung unter den Arbeitern verbreiten. Der Verband regelte ferner das Wanderunterstützungswesen nach einheitlichen Grundsätzen und empfahl endlich die Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften. Auf Staatshilfe hatte man bereits verzichten gelernt, da bei der damaligen Sachlage an eine solche nicht mehr zu denken war. Es war nämlich bereits in Preußen und anderen Staaten das allgemeine gleiche Wahlrecht, das die Angst den Fürsten abgepreßt hatte, in die Rumpelkammer geworfen worden, und die entfesselte Bestie Reaktion feierte ihre Orgien. In den Motiven zu den Verbands-Statuten heißt es ausdrücklich, man habe zwar noch vor 18 Monaten große Hoffnungen auf die Arbeiten der verschiedenen Nationalversammlungen gesetzt und darum Forderungen an den Staat gestellt, seitdem aber hätten sich alle Erwartungen auf Hilfe von dieser Seite als trügerisch erwiesen.

Die praktischen Versuche der Arbeiter auf Gründung von Genossenschaften kamen nicht über die ersten Anfänge hinaus, was nicht verwunderlich erscheinen kann, wenn man die schwachen finanziellen Hilfsmittel auf der einen und die schädigenden Machinationen der Regierung auf der anderen Seite ins Auge faßt. Immerhin finden wir in dieser Hinsicht ganz beachtenswerte Keime, so u. a. je eine Genossenschaft zur Herstellung von Hemden, Strümpfen, Brot und — Gewehren in Berlin, welsch letztere durch ein augenfälliges Inserat den Arbeitern alle Arten Büchsen, Jagdflinten und Hirschkäse zu billigen Preisen und prompt zu liefern versprach; ferner in Leipzig eine Schuhmacher- und Schneider-, in Katscher eine Weberassoziation usw. Das einzige Unternehmen, das praktische Erfolge zeitigte, war der von den Berliner Mitgliedern der Arbeiter-Verbrüderung gegründete „Gesundheitspflegeverein“, der den Zweck verfolgte, durch gemeinschaftliche Beschaffung von ärztlicher und wundärztlicher Hilfe, von Medizin, Bädern usw. seinen Mitgliedern die Vorteile eines Engrosbetriebes zuteil werden zu lassen, und gleichsam als Ergänzung der Krankenkassen zu dienen. Der Verein trat am 1. Mai 1848 mit 327 Mitgliedern ins Leben und setzte sich aus den fünf Genossenschaften der Maler, Instrumentenmacher, Vergolder, Goldarbeiter und Uhrmacher zusammen; im Juni schlossen sich die Kattendrucker, Dachdecker, Posamentiere usw. an, sodaß er am 1. Juli bereits 3440 Mitglieder zählte. Die Zahl der Mitglieder wuchs bald auf über 10000, worunter sich auch einige Arbeiterinnen befanden; kein Wunder, da die Vorteile, die der Verein seinen Mitgliedern bot, für damalige Verhältnisse ganz bedeutende waren. Trotz mannigfacher Anfeindungen nahm der „Gesundheitspflegeverein“ an Ausbreitung zu, bis im März 1853 die blindwütende Reaktion auch diesem wohlthätigen Unternehmen das Lebenslicht ausblies. Der Berliner Polizeipräsident Hinkeldei löste den Verein „wegen seiner verbrecherischen Tendenzen“ auf, wobei der berüchtigte Polizeispitzel Stieber die Rolle des Denunzianten und Kronzeugen gespielt hat.

Der Arbeiterverband war schon längst den Regierungen ein Dorn im Auge gewesen. Die Arbeiter hatten tatkräftigen Anteil an der Revolution von 1848 genommen und ihre Errungenschaften Schulter an Schulter mit der radikalen Demokratie gegen die Sturmflut der Reaktion verteidigt. Es war also kein Wunder, daß die reaktionslüsternen Nachtvögel, denen die Krallen allgemach wieder wuchsen, ihren Aerger an den Arbeitervereinen ausließen. Es begann jetzt ein rücksichtsloser und unerbittlicher Feldzug gegen jedes Lebenszeichen der Arbeitervereine. Bayern und Sachsen eröffneten den Feldzug, indem sie anfangs des Jahres 1850 den Arbeiterbund für ihr Gebiet verboten und die einzelnen Vereine auflösten. Preußen griff zwar langsam, aber sicher ein; zunächst wurde am 11. März 1850 eine Verfügung zur „Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungsrechts“ erlassen, wodurch die Verbindung politischer Vereine untereinander verboten wurde. Darauf erklärte man die bestehenden fachgewerblichen Arbeitervereine für politische und löste sie einen nach dem andern auf.

Vergebens hatte das „Zentralkomitee der Arbeiter-Verbrüderung“ in Leipzig vor dem heran nahenden Sturm die Segel eingezogen und sich in eine harmlose „Geschäftsstelle“ verwandelt. Zunächst wurde es gezwungen, das publizistische Organ des Verbandes, „Die Verbrüderung“, am 1. Juli 1850 eingehen zu lassen. Als Ersatz dafür gaben einige Mitglieder des Komitees, Gangloff, Schwenniger u. a., eine neue Zeitung „Prometheus“ heraus, um die Verbindung unter den deutschen Arbeitern rege zu erhalten. Schon vier Wochen später wurde Schwenniger wegen Verdachts der Teilnahme an revolutionären Umtrieben verhaftet, ein halbes Jahr gefangen gehalten und darauf, als man ihm nichts Strafbares nachweisen konnte, aus Sachsen ausgewiesen; den zweiten Redakteur, Gangloff, nahm man gleichfalls in Haft und verurteilte ihn nach mehr als einjähriger Untersuchung „wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats“ zu vier Jahren Zuchthaus. So mußte denn auch der „Prometheus“, der ohnehin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sein Erscheinen einstellen.

Da die nordwestdeutschen Regierungen einseitig die Arbeitervereine in ihren Gebieten noch ungestört ließen, wurde anfangs 1851 die Geschäfts-

stelle der „Arbeiter-Verbrüderung“ nach Hannover verlegt, wo der dortige Arbeiterführer, Tischlergesele Stechan, die Leitung übernahm und ein neues Organ, die „Deutsche Arbeiterhalle“ herausgab. Diese wollte, wie es in dem Einleitungsartikel heißt, „den Arbeitern und Besitzlosen, die unter dem Drucke des Kapitals, der Vorrechte und Privilegien leiden, Gelegenheit geben, sich über ihre Lage auszusprechen. Sie will für die Unabhängigkeit der Arbeiter kämpfen und Vorschläge zur Einführung der Assoziationen bringen; sie will die Mißbräuche der Zunft beleuchten und einer vernünftigen, freien Entwicklung aller Arbeitskräfte nachstreben. Die Bildung und Hebung der arbeitenden Klassen wird sie nach Kräften zu fördern suchen und Nachrichten über Arbeiterverhältnisse aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands bringen.“ Trotz dieses sachlichen, durchaus unpolitischen Programms blieben die politischen und gerichtlichen Schikanen nicht aus; am 11. Juli 1851 wurde Stechan, der in die Untersuchung gegen den Kommunistenbund verwickelt worden war, verhaftet und ins Gefängnis geworfen; es gelang ihm jedoch, zu entkommen und er floh nach London, wo er sich als Tischlergesele sein Brot erwarb. Die ihres Redakteurs beraubte „Arbeiterhalle“ ging ein: sie war das letzte Organ der „Arbeiter-Verbrüderung“. Gleichzeitig schritt die hannoversche Polizei auch gegen die „Norddeutsche Arbeitervereingung“, das einzige Überbleibsel des großen deutschen Arbeiterbundes, ein, hielt bei der Geschäftsstelle Haussuchung ab und belegte die Papiere mit Beschlag; da sich aber nichts Belastendes vorfand, wurden die Vereine unbehelligt gelassen.

Doch es war nur eine Galgenfrist, lange sollte es nicht mehr währen und auch ihnen werde ein jähes Ende bereitet. Preußen und Oesterreich, die Schutzgeister der Reaktion, begnügten sich nicht damit, in ihren eigenen Staaten die gewerklichen Arbeitervereine zu unterdrücken, sondern dehnten ihre „zarte Fürsorge“ auch auf die anderen deutschen Staaten aus. Am 14. April 1853 beantragten die Gesandten dieser beiden Mächte, Bismarck und Prokesch-Osten, beim Bundestage in rührender Seelenharmonie, dessen ständiger politischer Ausschuß solle Maßregeln vorschlagen, die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifen seien. In der Begründung dieses Antrages hieß es: Von den verschiedenen Bundesregierungen sei bereits auf die Gefahren hingewiesen worden, mit denen die öffentliche Sicherheit durch die Wirksamkeit der über einen großen Teil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine bedroht werde; es müßte deshalb zunächst die Frage erörtert werden, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den jene Vereine namentlich auf den Handwerkerstand ausübten, lahmzulegen sei; da nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller Bundesregierungen ein Erfolg sich erwarten ließe, so müßten Beschlüsse gefaßt werden, um einerseits Vereine von revolutionärem Charakter zu unterdrücken und um andererseits das Bestehen solcher Vereine, die nützliche Zwecke verfolgen, nicht zu erschweren. Das Resultat dieses Antrages war der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 über die politischen und Arbeitervereine, dessen achter Paragraph sämtliche Bundesregierungen, im Interesse der gemeinsamen Sicherheit, verpflichtete, die in ihren Gebieten noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. Durch dieses Schandgesetz, einem Vorläufer des späteren Sozialistengesetzes, wurden denn auch sämtliche Arbeitervereine gewerkschaftlicher Art erdrosselt.

So waren denn bis auf weiteres die Hoffnungen, die der Völkerfrühling des Jahres 1848 in den Herzen der deutschen Arbeiter geweckt hatte, zunichte geworden. Die Reaktion hatte die Emanzipationsbestrebungen des erwachenden Proletariats mit brutaler Hand im Keime erstickt. Ein dumpfer, erstickender Nebel lag wieder über den deutschen Gauen, und der mit Blut gedüngte Acker war zu einem Freiheitsgrab geworden, auf dem die Schweißfliegen der Reaktion ihre Orgien feierten. Aber wie lange noch, dann reckte der Riese Proletariat seine Glieder und stellte sich trotz und selbstbewußt wieder auf die Füße. Dräuend wies er den Junkern und Kapitalisten seine schwierigen Fäuste und, im fortwährenden Kampfe erstarkt, steht er nunmehr da, hoffnungsfroh und zukunftsreich.

Und was die damaligen Maßnahmen der Regierungen anbetrifft — sie waren nicht nur ein Verbrechen an der Freiheit der Arbeiter, sie waren mehr als das, eine bodenlose Dummheit. Es war ein Verbrechen, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, sich zusammenscharen gegen die schamlose, schrankenlose Ausbeutung der Kapitalistenklasse. Es war aber auch eine Dummheit, durch die Aufhebung der Gewerkschaften den einzigen Damm einzureißen, der die Gesellschaft vor der kapitalistischen Sturmflut hätte schützen können. Und wenn es nicht minder ein Verbrechen war, die Arbeiter rechtlos zu machen und zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, so war es eine Dummheit, aus den Köpfen der denkenden Arbeiter das Vertrauen zur Regierung für ewige Zeiten zu vertreiben. Seit jener Zeit wohnt in dem deutschen Proletariat ein unausstößbares Mißtrauen gegen alles, was von oben kommt. Und eine regierungsfreundliche Arbeiterbewegung wird immer ein totgeborenes

Kind bleiben, mögen auch Nationalsoziale und Christlichsoziale in Engelsungen zum Volke reden. Ein gebranntes Kind scheut das Feuer, und ein neues Proletariat, das die Bewegung von 1848 und die sich daran anschließenden Vorgänge kennt, hat wahrlich keine Ursache mehr, den gleißnerischen, arbeiterfreundlichen Worten eines beliebigen Regierungsvertreters auch nur ein Jota zu glauben.

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das ureigenste Werk der Arbeiterklasse selbst sein — das ist die Folgerung, die wir aus der brutalen Rücksichtslosigkeit der Regierung und aus der jämmerlichen Feigheit der deutschen Bourgeoisie des Jahres 1848 ziehen.

## Die Jahresberichte der Hamburger Produktion und der Großeinkaufsgesellschaft.

Von Max Schippel.

Ein erquickendes Bild stetiger, ruhig schaffender und dabei doch nicht kleinlich-ängstlich abwägender Organisationsstätigkeit von oben und wachsenden Verständnis und Mitarbeitens von unten bieten die Jahresberichte der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und des Hamburger Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“. Da es sich hier um zwei der interessantesten und entwicklungs-fähigsten Schöpfungen des genossenschaftlichen Geistes, und zwar in erster Linie der Arbeitersolidarität handelt, so seien einige der eindrucksvollsten Tatsachen wiedergegeben.

Die „Produktion“ hatte 1907, in ihrem neunten Geschäftsjahre, einen geradezu verblüffenden Aufschwung zu verzeichnen. Gerade in Zeiten des Rückganges oder doch der Bedrohung des Arbeitsverdienstes wenden sich die Massen in verstärktem Maße denjenigen Einrichtungen zu, die für den Einnahmeausfall einen merkbaren Ausgleich zu bieten vermögen. Etwas wahres liegt wohl auch in dem weiteren Hinweis des Berichtes: Da die Reichstagswahlen eine gewisse politische Enttäuschung unter den Arbeitern schufen, so machte sich der solidarische öffentliche Betätigungsdrang mehr als je nach anderer Richtung Luft. So stieg denn der Warenumsatz von 3,9 Mill. Mark im Jahre 1906 auf fast 3,75 Mill. Mark im Jahre 1907, also um weit über 1,8 Mill. Mark oder um beinahe die Hälfte. Der Reingewinn (die jetzt als Umsatzabzugsrechnung Summe mit berücksichtigt) vermehrte sich von 205404,23 Mk. auf 349368,64 Mk., also um weit über die Hälfte. Dabei verschonte die Verwaltung während der abnorm hohen Mehlpriese bei der Wichtigkeit des Brotes als Volksnahrungsmittel die Mitglieder nach Möglichkeit mit einer Broterleichterung, auch auf die Gefahr hin, daß das Betriebsergebnis der Bäckerei hinter den Erwartungen zurückbleiben sollte; infolge dieser Maßnahmen dürfte das aus unserer Bäckerei hervorgegangene Brot in bezug auf Qualität und Gewicht von keinem anderen Unternehmen erreicht, beziehungsweise übertroffen worden sein. Verkauft wurden 1907 644300 Brote im Werte von 682720 Mk., während der Gesamtumsatz an Backwaren 793545 Mk. betrug, was eine Steigerung der Jahresproduktion um 48 Proz. ausmacht. Die Schlachterei der Genossenschaft, wie die Bäckerei erst seit 1903 funktionierend, hat sich bereits zu einem der größten Betriebe des nördlichen Deutschland entfaltet; charakteristisch ist, daß neben dem Absatz der Wurstfabrikate auch der Verkauf von frischem Fleisch, trotz mancher für die Hausfrauen damit vorläufig noch verknüpfter Unbequemlichkeiten, eine rasche Ausdehnung erfahren hat; eine größere Zahl von Schlachtereiläden soll in naher Zukunft errichtet werden. Die eigene Schlachtung betrug 1907: 247 Ochsen (mit 263659 Pfund Lebendgewicht im Werte von 102233,6 Mk.), 192 Kälber (gleich 49415 Pfund und 27748,3 Mk.), 6895 Schweine (gleich 1358707 Pfund und 633942,5 Mk.). Die Bautätigkeit schreitet rüstig vorwärts. Nachdem im Vorjahre die neuen umfangreichen Betriebsgebäude der Schlachtereier in Tätigkeit traten, werden sehr bald die gesamten Verwaltungsabteilungen im eigenen Kontorhaus ihre Unterkunft finden. Neue Wohnhäuser, mit Schlachterladen und Verkaufsstelle, sind in Angriff genommen und fertiggestellt. In der Sparkasse hatten am Jahresabschluss bereits 7419 Sparer über 2,87 Mill. Mark hinterlegt; die Spargelder finden im Konsumgeschäft keine Verwendung, sondern werden, soweit sie nicht in unseren eigenen Grundstücken eine sichere Belegung finden, in ersten Anlagen anderweitig untergebracht. An dem, rasch zu einer neuen sozialen Einrichtung von großer Bedeutung werdenden Notfonds hatten 10257 Personen mit 313676,56 Mk. Guthaben Anteil. Aus dem Warenaverschufonds wurden 1907 3949,66 Mk. Vorschuß bewilligt; um Mitgliedern in bedrängter Lage, denen weitere Mittel aus den übrigen Fonds nicht mehr zur Verfügung stehen, den Warenbezug aus den Verkaufsstellen noch weiter zu ermöglichen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 22995 am 1. Januar 1907 auf 27999 am 1. Januar 1908.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat in ihrer Tätigkeitssphäre ebenfalls außerordentliche Erfolge erzielt. Die gewaltige Zunahme des Umsatzes (1906 46,50 Millionen Mk., 1907 59,87 Millionen Mk.) um weit über 13 Millionen Mk. hatte in keinem Vorjahre ihresgleichen, obwohl das Warengeschäft im Berichtsjahre mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden war. Die scharf anziehenden Oetreidepreise, — die

